

Die soziale mit der ökologischen Frage verbinden!

Ein offener Brief an die Verantwortlichen der Luxemburger Parteien

In der Luxemburger Politik der letzten Monate ist vor allem das Scheitern der Umweltpolitik augenscheinlich. Diese Entwicklung ist jedoch **kein** isoliertes Phänomen, sondern ein Spiegelbild genereller gesellschafts-politischer Entwicklungen:

- **Unverkennbar sind ausgeprägte ultra-liberale Tendenzen, die jedwede Reglementierungen - sowohl im sozialen als auch im ökologischen Bereich - in Frage stellen, grundsätzliche politische Vorgaben in ökonomischen, ökologischen und sozialen Fragen als wirtschaftshemmend und standortgefährdend darstellen und wissenschaftliche Erkenntnisse als überflüssiger Ballast abtun.**

- **Politik scheint mehr und mehr an Gestaltungsfähigkeit zu verlieren und sich - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nur schwer von der Alltagspragmatik zu lösen, um über das kurzfristige Politikgeschehen hinaus grundsätzliche Optionen für die gesellschaftliche Entwicklung in die Wege zu leiten und so die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft zu sichern.**

- **Nicht zuletzt ist eine Verflachung der politischen Diskussion festzustellen. Dies äußert sich in einem unzureichenden Diskurs über Zukunftsthemen: relevante Grundsatzfragen sowie eine ausgewogene Darstellung des Pro und Kontra von Projekten in der Öffentlichkeit scheinen nicht mehr gewährleistet. Populistische Thesen bestimmen verstärkt das Politikgeschehen.**

Diese Entwicklung ist umso bedrückender, als unsere Gesellschaft vor sehr grundsätzlichen Weichenstellungen steht. Als Umweltschutzorganisation obliegt es uns, die Entwicklung prioritär aus umweltpolitischer **Sicht zu** werten. Die Analyse steht jedoch zum Teil **auch** symbolhaft für andere Politikbereiche.

Umweltpolitik: außer Absichtserklärungen nichts gewesen?

Der Beginn dieser Legislaturperiode schien Anlaß zur Hoffnung zu geben: In der Regierungserklärung vom 22. Juli wurde die Umweltpolitik als eine wichtige Priorität dieser Regierung bezeichnet. Wir zitieren:

"...la protection de l'environnement humain et naturel constitue une priorité de la politique gouvernementale et sera intégrée dans l'ensemble des politiques sectorielles de l'Etat et des collectivités locales".

Zudem wurden in der Regierungserklärung eine Reihe sehr präziser Instrumente zur generellen Ökologisierung der Politik in Aussicht gestellt, in Zusammenhang mit folgenden Thesen:

- der Umweltschutz stelle eine Chance für ökonomische Aktivitäten dar;
- die Vermeidung von Umweltschäden und die Einführung des Verursacherprinzips seien vorrangig;
- Luxemburg müsse sich als Standort für Umwelttechnologien profilieren;
- der Dialog mit den Umweltschutzorganisationen solle verbessert werden;
- dem Staat komme eine Vorreiterrolle im ökologischen Bereich zu;
- die Verabschiedung von festen Grenzwerten für die

Luftbelastung sei eine Notwendigkeit;

- Förderprogramme für Betriebe, die besondere Anstrengungen im Umweltbereich durchführen, wären geboten;
- Oeko-Steuern würden eingeführt (auf Getränkeverpackungen, Abwasser, Sonderabfällen und Energie);
- Abfallwirtschafts- und CO₂-Reduktionspläne würden ausgearbeitet werden ...

Einige wenige positive und wichtige Ansätze sind im Budget 1997 feststellbar: so sind erstmals Gelder für die moderne regionale Trambahn im Budget vorgesehen, eine kleinere Studie zur Nachhaltigkeit soll erstellt werden...

Doch diese Maßnahmen können nicht darüber hinwegtäuschen, daß keine einzige Vorgabe der Regierungserklärung umgesetzt wurde!

In der Mitte dieser Legislaturperiode steht die aktuelle Regierungspolitik der beiden Majoritätsparteien LSAP und CSV somit im direkten Widerspruch zu den Zielen der Regierungserklärung sowie den eingegangenen Wahlversprechen. Sie erfüllt ihre selbst gesetzten Ansprüche nicht einmal ansatzweise.

Luxemburg: auf dem Weg zu einer ultra-liberalen Politik?

Unter der Regierung der Majoritätsparteien LSAP und CSV wurde - wie in kaum einer anderen Legislaturperiode zuvor - der Umwelt- und Naturschutz als eigenes Politikfeld aufgegeben und mehr und mehr zu einem Spielball der Wirtschafts- und Verkehrspolitik degradiert.

Umweltpolitik scheint nur noch dann salonfähig zu sein, wenn sie rein freiwilliger und fakultativer Natur ist: jegliche Vorgaben des Staates sollen zugunsten von "Selbstverpflichtungen" und "pragmatischen Lösungen" aufgegeben werden. So soll nicht der Staat z.B. der Wirtschaft den Rahmen für umweltpolitische Maßnahmen bei Wirtschaftsaktivitäten setzen, sondern Wirtschaftskreise sollen das vermeintlich "Machbare" und "ökonomisch Sinnvolle" tun.

Fünf Beispiele illustrieren diese These:

Statt staatlicher Abfallpolitik

- "freiwillige" Initiativen von Industrie und Handel

Bei der Oeko-Steuern-Diskussion, insbesondere bei der Steuer auf Getränkeverpackungen, wurde eine grundsätzliche Bereitschaft der Bevölkerung für ein Mehr an Umweltschutz durch eine dilettantische Politik regelrecht zerstört. "Ersetzt" werden sollen die Oeko-Steuern nun durch freiwillige Absprachen mit den Verpackungsherstellern, z.B. "Valorlux".

Hierbei wird das Pferd von hinten aufgesattelt: statt - wie es die Regierungserklärung vorsieht -, das Verursacherprinzip anzuwenden, einen präventiven Umweltschutz zu betreiben und mit marktwirtschaftlichen Instrumenten einen klaren Rahmen zu setzen, bleibt die Luxemburger Abfallpolitik dem Wohlwollen von Industrie und Handel überlassen. Wie auf diese

Weise präzise Ziele erreicht werden sollen, bleibt ein Rätsel! Soll das individuelle Waschen von Yoghurt-Bechern für einen zweifelhaften Recycling als Alibi-Maßnahme eine staatliche Abfallpolitik ersetzen?

Gentechnologie: Nischenpolitik "à la luxembourgeoise"

Im gentechnischen Bereich scheinen die Mehrheitsparteien LSAP und CSV bereit zu sein, eine "ultra-liberale" Gesetzgebung zu verabschieden. Die Luxemburger Versicherungsgesellschaften haben bekanntlich abgelehnt, gentechnische Freisetzungsjekte zu versichern (bei Forschungsarbeiten stellt sich das Problem nicht in diesem Ausmaß), da das Risiko zu groß und entsprechend nicht versicherbar sei. Die Rede ist von einem "manque de maîtrise" der Gentechnologie! Dies hat nun nicht etwa dazu geführt, daß besonders problematische Betriebe keine Zulassung erhalten könnten. Nein, im Gegenteil: es wurde vielmehr der schier unverantwortliche Schluß gezogen, Betriebe schlichtweg von der im ersten Gesetzesentwurf vorgesehenen Versicherungspflicht zu entbinden: damit ist zweifelhaften Betrieben Tür und Tor geöffnet.

Die Verantwortung für Risiken wird so letztlich von Privatfirmen auf die Allgemeinheit abgewälzt. Statt hier mit einem staatlichen Rahmen und marktwirtschaftlichen Instrumenten (sprich Versicherung) einen maximalen Schutz des Verbrauchers, dessen Gesundheit sowie der Natur und Umwelt zu gewährleisten, werden der Industrie unverantwortbare Freiräume zugestanden!

Reduktion der CO2-Emissionen - nur auf freiwilliger Basis?

Luxemburg ist das EU-Land, welches pro Kopf die höchsten CO2-Emissionen hat (dies auch, wenn die Emissionen der ARBED und des Tanktourismus nicht mitberechnet werden). Mit 15 Tonnen CO2 pro Kopf und Jahr stößt Luxemburg weitaus mehr Emissionen aus als der Durchschnitt Europas, welcher rund 9 Tonnen beträgt. Der in der Regierung versprochene Maßnahmenplan zur Reduktion der CO2-Emissionen liegt auch 5 Jahre nach Rio noch immer nicht vor. Schlimmer noch: teilweise werden Errungenschaften aus dem Energiegesetz von 1993 wieder aufgeweicht. So wurde im Sommer 1996 an der politischen Öffentlichkeit vorbei, die bis dato obligatorischen Energie-Audits für große Energieverbraucher, wie Industrie

und Banken, wieder abgeschafft.

Stattdessen setzt die Regierung auch hier wieder ausschließlich auf freiwillige Abkommen, bei welchen dann auch noch auf jegliche Zielvorstellungen verzichtet wird (siehe z.B. Abkommen mit der Industriellen-federation, in welchem nicht festgehalten wurde, welche Energieeinsparungen angestrebt werden). Dabei hat die Vergangenheit aufgezeigt, daß diese Vorgehensweise allein nicht zum gewünschten Ziel führen kann.

Nicht einmal die elementarsten staatlichen Ordnungs- und Lenkungsinstrumente werden eingesetzt, um die dringend notwendige Reduktion der CO2-Emissionen zu ermöglichen. Der Rahmen fehlt: so z.B. Vorschrift von Energie-Audits und Contracting, mehrjährige Förder- und Beratungsprogramme....

Kommodo-Auflagen - in Zukunft nach Wunsch der Betreiber?

Ähnlich scheint sich die Situation im Kommodo-Inkommodo-Bereich zu entwickeln. Es besteht derzeit ein starker Druck seitens wirtschaftlicher Kreise, damit die Kommodo-Inkommodo-Auflagen nicht mehr länger nach wissenschaftlichen Kriterien von dem Umweltministerium festgelegt werden, sondern quasi in einem Forum - zwischen Vertretern von Wirtschaft und Umwelt - verhandelt werden. Auch hier wird "neo-liberales" Gedankengut ersichtlich: statt durch transparente staatliche Rahmenbedingungen die Voraussetzungen für einen effizienten Umweltschutz zu verbessern und eine Entkrampfung der Situation herbeizuführen (Beratungsprogramme, Fördermaßnahmen u.a.m.) soll die Industrie in Zukunft quasi die staatlichen Vorgaben mitbestimmen können.

Ausverkauf des Naturschutzes

In einer Politik, die prioritär von materialistischen Wertvorstellungen geprägt wird, sind vor allem die natürliche Umwelt des Menschen, der Erhalt der Artenvielfalt, der Schutz von besonders wertvollen Lebensräumen, aber auch Wertevorstellungen von Entschleunigung und weniger Konsum die Verlierer. Entsprechend hatte auch ein Grünwald, der als größter zusammenhängender Waldkomplex mehrfach geschützt ist, bzw. das Mamertal keine Chance.

Die genannten Beispiele stehen stellvertretend für andere. Sie verdeutlichen eine besorgniserregende Entwicklung der Politikausrichtung.

Gesellschaftliche Herausforderungen aufgreifen, Chancen nutzen!

Zitiert sei hierzu aus der Studie "Zukunftsfähiges Deutschland" des Instituts für Klima, Energie und Umwelt aus Wuppertal:

"Es gilt in den kommenden Jahren wichtige Weichen zu stellen: Wie kann die weitere Aufspaltung der Gesellschaft verhindert werden? Wie müssen die sozialen Sicherungssysteme in Zukunft aussehen, um auch für eine im Durchschnitt ältere Gesellschaft tragfähig zu sein? Was ist erforderlich, um eine gesunde Wirtschaft zu erreichen, die möglichst vielen Menschen die eigene Existenzsicherung ermöglicht? Was kann und soll der Staat leisten? Wie soll die Arbeitswelt gestaltet werden? Welche politischen Veränderungen sind erforderlich und welche institutionellen Anpassungen? Auf all diese Fragen sind Antworten zu finden. Aber es bleiben Scheinantworten, solange sie nicht mit den Erfordernissen der Ökologie und der globalen Gerechtigkeit in Deckung gebracht werden."

Luxemburg für das 21. Jahrhundert wappnen, heißt vor allem 2 Herausforderungen aufzugreifen:

"Nachhaltiges" Luxemburg

Luxemburg steht als einer der reichsten Industriestaaten der Welt auch in der Verantwortung einen Beitrag im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Effizienterer Umgang mit der Ressourcen, Berücksichtigung der Belastbarkeit ökologischer Systeme, Erhalt der Artenvielfalt, gerechter Ausgleich zwischen Nord und Süd sind Herausforderungen, denen sich auch unser Land stellen muß. Auch wir müssen unsere Verpflichtung umsetzen, um Verteilungskämpfe zwischen Nord und Süd sowie ökologische Einbrüche mit entsprechenden wirtschaftlichen Auswirkungen zu verhindern.

Die Berücksichtigung dieser Aspekte wird sich jedoch nicht von alleine einstellen, sondern es bedingt klarer politischer Zielvorstellungen sowie der Festlegung konkreter Rahmenbedingungen und Instrumente, um dieses Ziel erreichen zu können.

Ein Beispiel: *"Wenn verhindert werden soll, daß das Weltklima vollends aus dem Lot gerät, muß es zu einer Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd kommen, deren Tendenz eindeutig ist: Die Industrieländer müssen ihren Rohstoff-, Energie- und Naturverbrauch durch soziale Anpassungen, veränderte Lebensstile und technische Innovationen deutlich absenken."* (Studie zukunftsfähiges Deutschland)

Zukunftschancen nutzen

Die starken Industrien von morgen, welche auch in einem globalisierten Markt konkurrenzfähig sein können, werden diejenigen sein, denen es rechtzeitig gelungen ist, die heutigen Herausforderungen offensiv anzugehen, statt sich defensiv dagegenzustellen,

Die Industrienationen, die sich z.B. rechtzeitig auf das Schwinden der klassischen Energieträger wie Kohle, Öl und Gas eingestellt haben (in schätzungsweise 50 Jahren werden die Gasvorkommen der Erde aufgebraucht sein) und ihre Industrien angespornt haben, ressourcen- und umweltschonender zu produzieren, werden die Exporttechnologien und die Märkte von morgen bestimmen und nicht die klassischen Industrien, die sich blind gegen Neuerungen versperrten. Innovative Produktionsformen sind unumgänglich.

Es werden auch jene Länder sein - die u.a. durch eine Verteuerung des Ressourcen- und Umweltverbrauchs und eine Entlastung der Arbeitskosten - mittel- und langfristig durch die Ökologisierung der Wirtschaft neue Arbeitsplätze schaffen.

Diese Herausforderungen und Chancen wird die Wirtschaft ohne den entsprechenden staatlichen und gesellschaftlichen Rahmen nicht wahrnehmen können.

Freie Fahrt dem Stärkeren?

Bedenklich ist zudem, daß ultra-liberales Gedankengut zu einer fundamental unsozialen und undemokratischen Orientierung der Gesellschaft führt, die da heißt "Freie Fahrt dem Stärkeren", die in den sogenannten "Manchester-Kapitalismus" führen würde.

Angesichts ungenügender staatlicher Rahmenbedingungen laufen soziale, ökologische und demokratische Belange Gefahr, schlichtweg überrollt zu werden.

So werden nicht Aspekte wie Solidarität, Gemeinwohl, globale Verantwortung, gemeinsame Zukunftsgestaltung usw. das Bild der Politik von **morgen** prägen, sondern vielmehr egoistische und korporatistische Einzelinteressen.

Schlußendlich wird die freie Entfaltung der betriebswirtschaftlichen Interessen auf Kosten des Allgemeinwohls - sei es der Sozialpolitik, des Umweltschutzes oder der generellen Volkswirtschaft - zu einem schwerwiegenden Vertrauensverlust in die Politik führen!

Visioun fir muer

Stellt sich die Frage, ob die Mitglieder der verschiedenen Parteien eine solche ultra-liberale Politik der Zukunft tatsächlich wünschen, oder ob sie sozialen und ökologischen Wertevorstellungen eine höhere Bedeutung zumessen?

Luxemburg braucht Zielvorstellungen für seine weitere Entwicklung!

Es gilt dringend weitaus gezielter über die Frage "Wéi e Letzebuerg fir muer?" nachzudenken: Wie soll sich unsere Gesellschaft entwickeln? Unsere Nischenpolitik im Bankenbereich wird nicht immer aufrecht zu halten sein - welche Wirtschaftsformen von morgen sollen gefördert werden? Wie wollen wir die Arbeitswelt von morgen gestalten? Wollen wir die Entwicklung der Landschaft ausschließlich Promotoren überlassen oder sie selbst bewußter steuern? Wie kann eine Dezentralisierung der Aktivitäten erreicht werden? Welche Rolle will Luxemburg in der Großregion spielen?

Für eine Entkrampfung des Spannungsfeldes Ökonomie-Ökologie

Die heutigen Marktstrukturen sind nicht wertneutral: wir befinden uns vielmehr in einer verzerrten marktwirtschaftlichen Situation.

Jahrelange staatliche Investitionen in den Individualverkehr sind z.B. letztlich auf Kosten der öffentlichen Transportmittel erfolgt; die heutigen Energiepreise entsprechen nicht der Kostenwahrheit - der Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastung werden nicht berücksichtigt... So wurden Rahmenbedingungen geschaffen, damit Atomenergie aufgrund von Milliarden-Subventionen billig ist - alternative Energien und Energiesparmassnahmen können auch in Luxemburg nicht ausreichend mit dem billig importierten Strom konkurrieren - der Ressourcenverbrauch wird geradezu angespornt, da es billiger sein kann, Ressourcen zu verbrauchen, statt bestehende Güter wiederzuverwerten.

Zitiert sei aus einer Stellungnahme von "Unternehmens-Grün", einem Zusammenschluß umweltengagierter Unternehmen: *"Die öffentliche Hand verkündet (...) stückweise ihren Rückzug aus der wirtschaftlichen Tätigkeit. So sehr wir dies im Grundsatz für eine richtige Entwick-*

lung halten, muß doch deutlich gemacht werden: werjetzt, nach Jahrzehnten massiver Staatsintervention in wesentlichen Bereichen (Energie, Verkehr) nicht für staatliches Gegensteuern plädiert, will diesen künstlich geschaffenen Zustand von Nicht-Marktwirtschaft zementieren."

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, daß eine Entkrampfung des Spannungsfeldes "Ökonomie - Ökologie" dringend notwendig ist. Doch: statt völliger Liberalisierung soll seitens des Staates ein klarer transparenter Rahmen geschaffen werden, in dem alle Akteure ihre Verantwortung übernehmen (können) und der erlaubt - u.a. auch mit marktwirtschaftlichen Instrumenten - die angestrebten gesellschaftlichen Ziele zu erreichen.

Wenn die Politik den Mut aufbringt, den rechtlichen und fiskalischen Rahmen des Wirtschaftens ökologisch umzugestalten, kann es zu einer Innovationsdynamik kommen, die historisch gesehen ihresgleichen suchen könnte!

Politische Streitkultur weiterentwickeln!

Die heutige Industriegesellschaft ist in einer gewaltigen Umbruchphase, in der wir die ökologischen und sozialen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts aufgreifen wollen. Dies erfordert nicht nur andere Wege in der Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik, sondern in erster Linie auch eine andere Diskussionskultur.

Sie setzt voraus, daß alle gesellschaftlichen Kreise bereit sind, gegensätzliche Thesen zur Debatte zu stellen und eine "Offenheit für Ideenvielfalt" besteht. Interesse- und Meinungspluralismus müssen stärker gefördert werden, auch wenn dies einem scheinbaren politischen "main-stream" nicht entspricht. Der Respekt vor der Meinung des Andersdenkenden ist dafür eine wesentliche Voraussetzung.

Dies bedingt aber auch, daß Diskussionen über gesellschaftliche Fragen nicht hinter geschlossenen Türen, sondern verstärkt in aller Öffentlichkeit geführt werden. Es darf nicht das eintreten, was Herrmann Scheer wie folgt beschreibt: *"Eine Krise ohne Lösungsalternative scheint gegeben. Ihr hervorstechendstes Merkmal ist, daß man schon den Gedanken an eine über Detailkorrekturen hinausgehende Veränderung als illusionär denunziert. Neugier auf Alternativen ist notwendig."*